

## **Europäische Raketenabwehr – Vorbereitung von Maßnahmen<sup>1</sup>**

Wenngleich derzeit die europäische Politik der Frage einer europäischen Raketenabwehr (bzw. von politischen Maßnahmen in diesem Zusammenhang) nach Möglichkeit immer noch ausweicht, so wird dieses Thema doch in den nächsten Jahren an Bedeutung gewinnen.

Die Frage einer Raketenabwehr auch für Europa ist vor dem Hintergrund der grundlegenden strategischen Veränderung zu beurteilen, die durch die US-Politik schon in der Ära Clinton eingeleitet (und in der Ära Reagan schon prinzipiell konzipiert) wurde: Die gegenseitige nukleare Abschreckung verliert an Bedeutung; die Idee des Schutzes vor nuklearen Angriffen (und anderen Massenvernichtungswaffen) gewinnt an Bedeutung.

Die Frage einer europäischen Raketenabwehr könnte prinzipiell getrennt von der Frage des Aufbaues einer Raketenabwehr der USA (Missile Defense; früher National Missile Defense) gesehen werden. Die politischen Zusammenhänge sind aber inzwischen gegeben und Europa wird trotz seiner gewaltigen Ressourcen und Möglichkeiten in naher Zeit nicht die Initiative entwickeln, um aus eigenen Kräften eine Raketenabwehr aufzubauen. Wenn, dann wird das in Kooperation mit den USA erfolgen, wobei die Frage der Einbindung Russlands in ein europäisches Raketenabwehrsystem immerhin auf der Agenda steht.<sup>2</sup>

---

<sup>1</sup> Statement Wien, April 2001.

<sup>2</sup> Im Juni 2000 schlug Russlands Präsident Putin den USA den gemeinsamen Bau eines Raketenschutzschirmes gegen mögliche atomare Angriffe von „Schurkenstaaten“ vor, der auch den Verbündeten der USA in Europa zugute komme. Putin sprach von einer Bündelung der Kräfte zur Neutralisierung der Bedrohung für die USA, Russland und Europa. Damit hatte Putin die Besorgnis der Amerikaner im Grunde akzeptiert; gleichzeitig aber auch dargelegt, dass man aus den amerikanischen Reaktionen auf sein Angebot ersehen könne, was die wirklichen Pläne der USA hinsichtlich der National Missile Defense (NMD) seien, ob sie nämlich wirklich gegen Schurkenstaaten einen Schirm aufbauen wollen oder wesentlich mehr, nämlich die strategische Balance verändern. Details dieses Zusammenarbeitsvorschlages wurden damals keine genannt. Das Angebot wurde deshalb von westlichen Beobachtern dahin gewertet, dass es die russische Absicht sei, zwischen den USA und ihren Verbündeten einen Keil zu treiben und dadurch die USA zum Fallenlassen ihrer NMD-Pläne zu bewegen. Im

## Grundlagen für das Erfordernis einer Raketenabwehr

Es ist inzwischen bereits aus offenen Quellen gesichertes Wissen, dass in verschiedenen Ländern im Bereich des Maghreb und des Nahen- und Mittleren Ostens (die von den USA als Problemstaaten eingestuft werden) die Entwicklung sowohl von Massenvernichtungswaffen als auch von ballistischen Raketen so weit voranschreitet, dass ein Großteil der europäischen Hauptstädte etwa ab 2005 im Einflugbereich ballistischer Raketen aus diesen Ländern liegen wird. Dieser Zeitpunkt ist allerdings strittig; es ist durchaus denkbar, dass die Eigenentwicklung einer irakischen Mittelstreckenrakete mit einer Reichweite von 3000 Kilometern nicht schon 2005, sondern erst einige Jahre später einsatzbereit und fähig ist, einen Gefechtskopf zu befördern. Das Gleiche gilt auch für die Entwicklung der iranischen SHAHAB-4 mit einer Reichweite von 2000 Kilometern. Aber irgendwann werden sie einsatzbereit sein.

Strittig ist auch, ob Europa sich durch das Vorhandensein des Raketenpotentials bedroht fühlen muss. Während für viele amerikanische Analytiker und Politiker bereits die Möglichkeit einer künftigen Bedrohung ausreicht, um rechtzeitig Abwehrmaßnahmen zu treffen, besteht der Großteil der europäischen Politiker (– nicht die Analytiker) gleichsam auf einem Nachweis, dass die im Besitz solcher Bedrohungsmittel befindlichen Länder auch die feste Absicht haben, sie gegen Europa einzusetzen. Man gibt sich als von der Bedrohung nicht überzeugt und will natürlich Kosten sparen. Das Negieren der möglichen

---

Dezember 2000 hat der Befehlshaber der strategischen Raketenstreitkräfte Russlands, General Jakowlew, sein Interesse bekundet, gemeinsam mit Europa (in diesem Falle nur mit Europa) ein Raketenabwehrsystem zu bauen. Bei einem Besuch des Nato-Generalsekretärs Robertson im Februar 2001 in Moskau hat die russische Führung den Aufbau einer mobilen europäischen Raketenabwehr vorgeschlagen, die gemeinsam mit der NATO errichtet werden sollte. Sie war als regionales Raketenabwehrsystem für den Fall bestimmter Bedrohungen so konzipiert, dass sie mit dem Anti Ballistic Missile Treaty (ABM-Vertrag 1972 zur Begrenzung der Abwehr gegen strategische Raketen) vereinbar war. Dieser Plan des Aufbaues eines mobilen und nichtstrategischen (und erheblich billigeren) Systems gegen angreifende Raketen, sah ein Projekt bestehend aus drei Phasen vor: Zuerst sollte eine Expertenkommission aus russischen und NATO-Fachleuten eingesetzt werden, die die Raketenbedrohung europäischer Staaten analysieren sollte. Als zweiter Schritt sollten Maßnahmen überlegt werden, um die Bedrohung durch politische, nichtmilitärische Mittel auszuräumen. In einer dritten Phase erst sollte eine mobile Anti-Raketentruppe stationiert werden. Der Abwehrschirm wäre dabei lediglich regional bei entsprechendem Bedarf aufzubauen, wenn eine konkrete Bedrohung aus einem bestimmten Land besteht.

künftigen Bedrohungen geht dabei aber so weit, dass die amerikanischen Bedrohungsperzeptionen in europäischen Ländern zu unlogischen Abwehrreflexen führen und diese (nicht die Bedrohungsmöglichkeit als solche) zuweilen tiefe Befürchtungen auslösen: Sich selbst verwirklichende Prophezeiungen und neues Wettrüsten würden durch die Bedrohungsannahmen ausgelöst. Beide Befürchtungen sind ebenso unrealistisch wie sie Standardreflexe vieler europäischer Politiker sind.

Jedenfalls besteht pro futuro die Möglichkeit eines Einsatzes solcher Raketen gegen europäische Länder. Dabei könnte es primär um Erpressungsmöglichkeiten gehen, um bestimmte Länder von einer Politik abzuhalten oder zu einer bestimmten Politik zu zwingen. Ganz generell muss damit gerechnet werden, dass sich immer mehr Problemländer mit autoritären Regimen in den Besitz von Massenvernichtungswaffen und ballistischen Raketen setzen werden, um im Falle einer westlichen Intervention bestehen bzw. diese durch die Androhung des Einsatzes von Massenvernichtungswaffen gegen die Einsatzländer verhindern zu können (um einem Milošević-Schicksal zu entgehen). Westliche Militärinterventionen – worunter ja auch Krisen- und Konfliktinterventionen der EU im Rahmen der GESVP zu rechnen sind – können daher in Zukunft vermutlich nur mehr im Falle der Verfügbarkeit von Raketenabwehrsystemen durchgeführt werden. Dazu muss sowohl eine Raketenabwehr für das Heimatland bestehen als auch ein Schutz der Truppen und Stützpunkte im Interventionsbereich gegeben sein.

## **„Wende“ in Europas Politik zur Raketenabwehr**

Mit der Amtsübernahme der Regierung-Bush in den USA ist den Europäern klar geworden, dass Raketenabwehr für die USA ein zentrales Thema bleibt. Verschiedene Regierungen haben sich von ihrer ursprünglich strikt ablehnenden Haltung bereits zu einer verstehenden Haltung bewegt. Schon vorher hat der ehemalige deutsche Verteidigungsminister Volker Rühe (CDU) sich für die Beteiligung Deutschlands und Europas an einem Raketenabwehrsystem ausgesprochen und es gibt auch ein diesbezügliches verteidigungspolitisches Positionspapier der CDU. Auch General a.D. Klaus Naumann hat sich öffentlich für ein europäisches Raketenabwehrsystem ausgesprochen und vor und mit ihm eine Reihe führender Strategen Europas. Das zumindest teilweise Scheitern der Nichtweiterverbreitung von Atomwaffen und die

rasche Verbreitung von Raketentechnologie zwingen ganz einfach dazu, über Raketenabwehr mehr als bisher nachzudenken.

## **Umfassende Sicherheitspolitik – umfassende Maßnahmen**

Im Sinne einer umfassenden Sicherheitspolitik als proaktive Risikopolitik zur Vorbeugung und Vorsorge genügt es aber nicht, nur Abwehrmaßnahmen vorzusehen. Es muss vielmehr ein breites Bündel an politischen Maßnahmen erwogen werden, um die mögliche Anwendung oder Androhung des Einsatzes von Massenvernichtungsmittel gegen Europa zu minimieren. Dazu wäre es einmal erforderlich, das Thema in der EU verstärkt auf die Agenda zu bringen, wobei innerhalb der EU insbesondere eine Bedrohungseinschätzung in die Wege zu leiten wäre.

Darüber hinaus muss die militärische Planung außer Abwehrmaßnahmen auch Schadensbegrenzungen überlegen. Insbesondere gilt es, mögliche Schäden in ihren Auswirkungen zu untersuchen und im gesamten Bereich der umfassenden Sicherheitspolitik (umfassende Landesverteidigung) Katastrophenpläne etc. zu erstellen, um optimalen Schutz hinsichtlich der Auswirkungen des möglichen Einsatzes von Massenvernichtungswaffen sicherzustellen.

Im Sinne der Prävention geht es schließlich darum, vorbeugende Maßnahmen hinsichtlich jener Länder bzw. Regionen zu setzen, von denen mögliche Bedrohungen ausgehen können. Dazu wäre insbesondere der Dialog der EU mit den Ländern des Nahen- und Mittleren Ostens zu konkretisieren und speziell auf sicherheitspolitische Fragen zu lenken. Die EU und ihre Mitglieder könnten insbesondere zum Aufbau vertrauensbildender Maßnahmen in der Region tätig sein und Vorschläge für Abrüstungs- und Rüstungskontrollregime erstatten.

In innenpolitischer Hinsicht erscheint es zweckmäßig, die interessierte Öffentlichkeit auf das kommende Thema der Raketenabwehr hinzuweisen und damit klar zu machen, dass dieses Thema allmählich zur Diskussion und zu Entscheidungen ansteht.

### **Anhang: Ballistische Raketen im Besitz von Ländern außerhalb der offiziellen Atommächte (USA, Russland, Vereinigtes Königreich von Großbritannien und Nordirland, Frankreich, Volksrepublik China)**

Nach Angaben des International Institutes for Strategic Studies (The Military Balance 2000) verfügten Ende 1999 außer den offiziellen

Atommächten noch folgende Länder über ballistische Raketen mit einer Reichweite von 1500 Kilometern oder mehr, die im Stande sind, Gefechtsköpfe zu transportieren:

Staat	Typ	Reichweite	Entwicklungsstatus
Indien	Agni I	1500 Kilometer	Prototyp vorhanden
	Agni II	2500 Kilometer	in Entwicklung
Iran	Shahab	1500 Kilometer	in Entwicklung
Israel	Jericho II	1500 Kilometer	
Nordkorea	No-dong 2	1500 Kilometer	Status unbekannt
	Taepo-dong 1	2000 Kilometer	Status unbekannt
	Taepo-dong 2	3500 Kilometer	Status unbekannt
Pakistan	Ghauri I	1500 Kilometer	in Entwicklung
	Ghauri II	2300 Kilometer	in Entwicklung

Darüber hinaus besitzen diese und andere Länder auch ballistische Raketen mit kürzerer Reichweite und zwar Ägypten, Argentinien, Irak, Südkorea und Taiwan. Außerdem ist bekannt, dass auch Libyen und Syrien Raketen entwickelt haben und weiter entwickeln.

Nach Einschätzungen des Deutschen Bundesnachrichtendienstes vom Februar 2001 bemühen sich Iran und Irak besonders eifrig darum, Raketen mittlerer Reichweite zur Verfügung zu haben. So wird etwa den Iranern zugetraut, die Shahab 4 bis zum Jahr 2005 fertig entwickelt zu haben; diese auf einer nordkoreanischen Technik beruhende Rakete hätte eine Einsatzreichweite von 2000 Kilometern. Wie schnell diese Rakete mit atomaren, chemischen oder biologischen Sprengköpfen bestückt einsatzfähig ist, ist allerdings offen.

Nach eben diesen Mitteilungen stand Irak 1991 kurz vor der Fertigstellung einer Rakete mit 3000 Kilometern Reichweite. Der Golfkrieg und die Waffeninspektionen der UN haben die Weiterentwicklung verzögert. Seit dem Abzug der Waffeninspektoren der UN im August 1998 steht nun zu erwarten, dass die Waffe innerhalb weniger Jahre fertig ist. Auch das irakische Atomwaffenprogramm wird in drei bis fünf Jahren ab 2001 wieder auf dem Stand sein, in dem es vor dem Golfkrieg gewesen ist. Voraussetzung für den Bau von Atomwaffen ist das Vorhandensein entsprechenden Spaltmaterials. Ist dieses vorhanden,

so kann man mit zwei bis drei Jahren Produktionszeit für die Herstellung einer Uran-Bombe rechnen. Im Bereich von Chemiewaffen ist nach wie vor eine Anzahl von Produktionsstätten im Irak vorhanden. Hinsichtlich des Baues einer Mittelstreckenrakete wird dem Irak zugetraut, eventuell schon bis 2005 eine solche mit einer Reichweite von 3000 Kilometern zur Verfügung zu haben.

Sektionschef Hon.Prof. DDr. Erich REITER  
Beauftragter für Strategische Studien  
im Bundesministerium für Landesverteidigung

*Statement, Wien, April 2001*